

Thomas Straubhaar
Grundeinkommen jetzt. Nur so ist die Marktwirtschaft zu retten
NZZ Libro Basel 2021
288 Seiten, 23 Euro (25 sFr)
ISBN 978-3-907291-52-8

Ich habe seinerzeit Straubhaars vorheriges Buch zum bedingungslosen Grundeinkommen „Radikal gerecht“ besprochen https://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/besprechungen/straubhaar_bge_17.pdf und mehr oder weniger alles, was ich damals schrieb, kann auch zum heutigen Buch gesagt werden.

Dennoch hat sich die Lektüre damit keineswegs erübrigt, im Gegenteil, es gibt einiges an geschärften Aussagen und auch Neues.

Diesbezüglich gibt schon der Titel klare Auskunft: Der Professor der Universität Hamburg für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen, der auch im Kuratorium der FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ sitzt, ist überzeugt, dass das BGE heute eine tagespolitische Forderung ist. Er begründet das schon gleich in der Einleitung mit der Coronapandemie und der damit einhergehenden „Implosion des Vertrauens in die Mechanismen der Marktwirtschaft und in die Kompetenz der politischen Eliten. ... Jetzt zeigte sich in unzähligen Tragödien, wieso staatliche Unterstützung 'bedingungslos' zu erfolgen hatte. Denn auch wer alle marktwirtschaftlichen Bedingungen perfekt erfüllt hatte, wurde von den Wellen der Pandemie und dem Auf und Ab von Lockdowns und Lockerungen mitgerissen, verlor Existenzgrundlage, Geschäftsmodell, Selbstständigkeit und Job.“ (S. 14)

Einige Seiten vorher hatte Straubhaar schon genauso programmatisch die „Ideologie der sozialen Marktwirtschaft“ beschrieben, in der es „eine ökonomische und eine soziale Sphäre (gibt). Die Ökonomie ist für die Entstehung des Wohlstands verantwortlich. Da geht es um Effizienz, Arbeitsteilung, Märkte und Wettbewerb. Das Soziale ist für die Verteilung des Wohlstands zuständig. Da stehen Gerechtigkeit, Fairness und die unantastbare Würde des Menschen im Zentrum. Alle sollen teilhaben, niemand darf verloren gehen.“ (S. 8)

Dieses Paradigma, die Marktwirtschaft ist unhintergebar, nur in einer marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie wird ausreichend Wohlstand geschaffen werden können, aber sie kann nur funktionieren, wenn dieser Wohlstand (sozial)politisch gerecht verteilt wird, zieht sich als Roter Faden durch das ganze Buch. Ich verzichte auf weitere Textbelege, aber sie sind Legion. Anfang Januar 2022 behauptete der ehemalige FDP-Innenminister Gerhart Baum in einem Kommentar im Handelsblatt, die FDP entdecke ihre sozialliberalen Wurzeln wieder. Das kann ich zwar in der politischen Realität nicht feststellen, aber sollte sich die Partei tatsächlich auf die Suche danach machen, würde sie bei Thomas Straubhaar fündig.

Die Methode, in wenigen knappen Sätzen ganz grundsätzliche, fast apodiktische Aussagen zu machen, findet sich immer wieder im Buch. Das erleichtert das Lesen für nicht tief im Thema Befindliche ungemein, auch wenn es Gefahr läuft, ab und an redundant zu werden. Ich beschränke mich auf ein Beispiel. Der Autor definiert die drei Säulen des BGE:

1. Es passt das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft – also ökonomische Effizienz als Grundlage eines sozialen Ausgleichs – an die Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts an.
2. Es versteht die negative Einkommenssteuer als bestgeeignetes ökonomische Instrument, um sozialpolitische Ziele bestmöglich zu erfüllen.
3. Es will dem Arbeitsethos den Heiligenschein nehmen, Sozialpolitik von der Fokussierung auf eine industrielle Arbeitswelt befreien und den Sozialstaat fit für eine Welt der Digitalisierung und Datenwirtschaft machen.“ (S. 24)

Interessant und erheblich deutlicher als noch in „Radikal gerecht“ ist die Kritik Straubhaars an „der herkömmlichen Makroökonomik“, die ganz offensichtlich nicht mehr helfe, „um zu erkennen, wie die Ökonomie von heute funktioniert (als Objekt, das analysiert wird). Zu vieles, was theoretisch erwartet wird, trifft in der Realität nicht ein. Zu oft liegen Annahmen und Überlegungen zu weit neben den wirklichen Alltagserfahrungen.“ (S. 71)

Auch seine Sozialstaatskritik zeigt neue Aspekte. Zwar bleibt die von mir schon damals kritisierte Aussage bestehen, dass es „ökonomisch nicht sinnvoll sein (könne), neben einem allgemeinen Steuersystem noch ein spezifisches Sozialversicherungssystem zu betreiben“ (S: 11), aber nun ergänzt er: „Das heutige Sozialstaatsmodell ist frauenfeindlich und in keiner Weise auf die Interessen der Jungen und deren Kindeskinde ausgerichtet.“ Er konstatiert, was auch unsereinem nach Jahrzehnten des Engagements für ein BGE auffällt, dass „die härtesten Kritiker eines Grundeinkommens eher männlich als weiblich und eher älter als jünger“ sind, und äußert den Verdacht, dass es denen um Verteidigung eigener Privilegien gehe (S. 74).

Eine weitere ökonomische Entwicklung rückt deutlicher ins Zentrum der Argumentation als zuvor, und zwar technische und ökonomische Neuerungsprozesse, Disruptionen. Man muss nicht alle Annahmen teilen, wie diese Prozesse genau verlaufen könnten und was sie im Einzelnen wie schnell bewirken, aber dass die Arbeitswelt in 15 Jahren völlig anders aussehen wird als die vor 15 Jahren, dürfte feststehen. Der Autor sieht hier den Anfang der „Argumentationskette für die Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens“, die in ihrer Struktur den pandemiebezogenen Aussagen gleicht: „Disruption erzwingt das Eingeständnis, dass Menschen unverschuldet und unvorhersehbar den Boden unter den Füßen verlieren können. Deshalb müssen Sicherheitsnetze Menschen auffangen, bevor sie fallen. Eine Sozialpolitik soll dafür sorgen, dass sich Personen präventiv stets von Neuem auf eine noch weitgehend unbekannt Zukunft vorbereiten können. Sie hat vorseilend zu ermächtigen, nicht hinterher hinkend zu reparieren.“ (S. 89)

Ja, ich weiß, das klingt sehr nach „fördern und fordern“, nur eben in der liberalen Variante. Gefördert sollte beim Hartz-System nur werden, wer erst einmal alle nur denkbaren Forderungen erfüllt hatte, und wer sich die reale Sozialpolitik liberaler Parteien in den letzten 40 Jahren anschaut, weiß, dass deren Vorbereitung auf eine weitgehend unbekannt Zukunft im Wesentlichen darin bestand, die Menschen auf dem Markt allein zu lassen. Auch wenn das die Realität war und ist, gibt es nicht einen Grund, dem Autor nicht abzunehmen, dass er diese Realität nicht will.

Insofern darf man auch seine Erwartung, dass „Beschäftigungsfähigkeit ... wichtiger als Beschäftigung“ werden wird (S. 110), nicht neoliberal verdrehen. Wer heute von Beschäftigungsfähigkeit, *employability* spricht, meint in aller Regel, man solle sich fit für die radikale und allumfassende Konkurrenz machen und zur Not jeden Scheißjob annehmen. Straubhaar kritisiert genau dieses Verständnis: „Für menschenunwürdige Jobs gibt es Roboter.“ Und, nachdem er auf die sozialen und menschlichen Folgekosten entsprechender Entwicklungen hingewiesen hatte: „Marktwirtschaftliche Effizienz verlangt eben gerade nicht nach billiger, sondern nach kostengünstiger Vorgehensweise.“ (S. 113)

Thomas Straubhaar ist ganz gewiss kein Linker, er ist ein in der Wolle gefärbter Liberaler. Aber so wie es in der Linken Menschen gibt, die Repressionssysteme wie Hartz IV erdacht und umgesetzt haben, und andere (oft sehr wenige), die dagegen aufgestanden sind, gibt es im Liberalismus Menschen, die darunter vor allem die Verfolgung eigenen Interesses verstehen, und andere (erkennbar bisher sehr wenige), die die gleiche Würde der Menschen ernst nehmen. Vieles trennt nicht nur Liberale und Linke, vieles trennt auch ihre jeweiligen emanzipatorischen Minderheiten. Aber wenn sie eine Aussage gemeinsam machen könnten, dann diese:

„Wer Nationalismus und Populismus verhindern will, muss zwangsläufig bei den Ursachen der

Polarisierung der Gesellschaft ansetzen. Er muss die Verteilungsfragen ganz oben auf die politische Agenda setzen.“ (S 150)

Im Folgenden werden eine ganze Reihe Themen unter etwas veränderter Fragestellung erneut durchdekliniert, vom digitalen Wandel über die Benachteiligung von Jungen und Frauen bis zur Finanzierung des BGE, es wird für einen New Deal, die Erneuerung der Marktwirtschaft und mehr Markt als Staat plädiert, um damit zu enden, dass die Utopie zu realisieren sei: „Jetzt!“ (S. 227)

Ich teile diesen Optimismus Thomas Straubhaars ausdrücklich nicht. Ich sehe nicht, dass das BGE heute eine tagespolitische Möglichkeit wäre, auch wenn ich absolut davon überzeugt bin, dass es eine tagespolitische Notwendigkeit ist. Ehe es wirklich kommen könnte, müsste es nicht nur eine vage mehrheitliche Zustimmung geben, die ist da, sondern einen klaren Willen einer Mehrheit, es auch jetzt zu realisieren. Wer daran arbeiten will, dass der entsteht, ist auch als Linke* gut beraten, Straubhaars Buch unvoreingenommen zu lesen. Dort zeigen sich die Linien, auf die hin und an denen entlang man Einigungen suchen könnte.